

Lärmer ließe sich hier Marx zitieren, wonach sie erst dann eingreift, wenn die Produktion von Wegen zu einer Notwendigkeit für die Produzenten, speziell für das produktive Kapital selbst wird. Die Straßenbaumeister selbst aber, welche die Autobahnen anlegten, wollten bei der Trassierung ohnehin nur ingenieurtechnische Gesichtspunkte gelten lassen. Was blieb, war neben der Arbeitsbeschaffung, die Lärmer zu Recht relativ gering einschätzt, die beabsichtigte Propagandawirkung und – damit in engstem Zusammenhang – der innen- und außenpolitisch bedeutsame strategische Effekt, daß sich in der technischen Leistung ein ökonomischer Aufschwung und ein neues Großmachtstreben gleichermaßen artikulieren konnten.

Im Kontext des Schemas entzieht der Autor Einwänden gegen seine Hauptthese dadurch den Boden, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zitiert (S. 120), wonach – frei nach den Thesen des XIII. EKKI-Plenums – 1933 jene Partei die Macht übernahm, die »mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach«. Nun setzte die NSDAP, die gemeint ist, unter Hitlers Führung den Autobahnbau tatsächlich durch. Der Rezensent allerdings würde jene »Abenteuerlichkeit« eher an anderen, im ganzen aussagekräftigeren Ereignissen als dem Autobahnbau messen.

Schließlich würdigt auch Lärmer den Autobahnbau als technischen »Fortschritt« mit destruktiven Zielsetzungen (S. 145). Angesichts des unbestrittenen Faktums, daß Autobahnen inzwischen verkehrsökonomisch notwendig sind, wird von einem zu frühen Einsatz finanzieller und materieller Mittel und von Verschwendung gesprochen. Ähnliche Bedenken erhoben – mutatis mutandis – 1932 die Gruppe um Gregor Straßer unter Bezug auf Werner Sombart und Mitte der 30er Jahre Offiziere der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation. Erstere bezeichneten Autobahnen als einen Luxus für reiche Leute, letztere wünschten an ihrer Stelle mehr Rüstungsbauten. Die Beurteilung des technischen Fortschritts als »Fortschritt« hängt auch in der Sicht des Autors von allgemeinen gesellschaftlichen Kriterien ab. Es kommt darauf an, sie zu definieren. Karl-Heinz Ludwig

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 1197 S., Ln., 188 DM (Subskriptionspreis 168 DM).

Der Zeitraum deutscher Geschichte von 1945 bis 1949, für viele Betrachter lange im toten Winkel zwischen Drittem Reich und bundesrepublikanischer Gegenwart gelegen, findet seit einigen Jahren zunehmendes Interesse. Er ist dabei teilweise, unter Stichworten wie »Restauration des Kapitalismus« oder Beginn des »Kalten Krieges«, Gegenstand einer Diskussion, welche historische Legitimationsgrundlagen der gesellschaftlichen wie der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland berührt. Auch im Hinblick hierauf und nicht allein wegen der systematischen Aufarbeitung deutscher Geschichte über das Jahr 1945 hinaus ist es daher zu begrüßen, wenn nun Bundesarchiv und Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Aktenedition herausbringen. Band I – die Jahre 1945/46 betreffend – der auf etwa fünf Bände berechneten, chronologisch angelegten Reihe liegt vor.

Eine Edition dieses Umfangs kann die Entwicklung zwischen deutscher Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik freilich nicht umfassend dokumentieren. Unvermeidlich hatten die Herausgeber Eingrenzungen vorzunehmen. Diese sind klar und vertretbar getroffen: Im Unterschied zur lange vorherrschenden Betrachtung Deutschlands als Ob-

jekt der internationalen Politik ist »bewußt die engere Perspektive der inneren deutschen Politik« gewählt (S. 5) – eine Entscheidung, für die wohl auch unzureichender Zugang zu bisher nicht publiziertem relevantem Material gesprochen hätte. Innerhalb dieser Perspektive will die Publikation »Vorformen westdeutschen Regierungs-Handelns oberhalb der Länderebene« rekonstruieren (S. 8); dabei sollen schließlich primär politische Entscheidungen dokumentiert werden, worunter hier Fragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, auch solche des Verwaltungsaufbaus, nicht aber »Maßnahmen zur kurzfristigen Bewältigung der materiellen Not« verstanden sind (vgl. S. 10, 69, 88). Unter diesen Eingrenzungen und in diesem Sinne ist Vorgeschichte der Bundesrepublik (und nicht Geschichte der Nachkriegszeit) Gegenstand der Publikation.

Von dem so definierten Editionsziel her begründet sich zunächst die Beschränkung des Bandes I auf die allgemeinen (d. h. nicht fachspezifischen) zonalen und bizonalen Gremien der Amerikanischen und der Britischen Zone; die Französische Zone entfällt infolge fehlender entsprechender Institutionen. In den Band aufgenommen sind die Protokolle der Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen der Britischen Zone (bis 1. 3. 1946), des Zonenbeirats der Britischen Zone, des Länderrats der US-Zone sowie der bizonalen Länderchef-Konferenzen; die Tagungen dieser Gremien sind ohne Ausnahme dokumentiert. Hinzu kommen noch einige ausgewählte Protokolle von Direktoriussitzungen des Länderrats, auch einiger Besprechungen zwischen Vertretern jener zonalen Gremien und der Militärregierungen u. ä. m. Der Band besitzt somit den Vorteil einer recht homogenen Provenienz und – auf der Ebene der Protokolle – Vollständigkeit der veröffentlichten Dokumente; Auswahlprobleme von Fall zu Fall sind auf diese Weise erheblich reduziert.

Die Zielsetzung der Publikation hat darüber hinaus eine spezifische Behandlung der herangezogenen Protokolle zur Folge: Da diese großenteils gerade kurzfristige Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet – vom Kampf gegen den Schwarzen Markt über Fragen der Schuttbeseitigung bis zur Bereitstellung von Leder für die Schuhfabrikation – betreffen, sind aus Raumgründen diesbezügliche Abschnitte nicht mit abgedruckt. Umgekehrt, im Falle relevant erachteter Anlagen (wie Referate, Anträge usw.) sowie Passagen der ausführlicheren Wortprotokolle des Zonenbeirats hingegen haben die Bearbeiter diese in die Verhandlungsprotokolle eingerückt. Sehr zu begrüßen ist, daß bei Kürzungen stets die Verhandlungspunkte genannt und vielfach auch Kurzregesten eingeführt sind, so daß sowohl eine gewisse Kontrollierbarkeit der Bearbeiterentscheidungen gewährleistet ist als auch für den in anderer Richtung Interessierten Hinweise auf zahlreiche Fundstellen erhalten bleiben. Trotz dieser zahlreichen Operationen am Text behält der Leser dank Marginalien und unterschiedlicher Drucktypen stets mühelos den Überblick.

Mehr wohl noch als in der soeben angedeuteten Aufbereitung der Protokolle liegt das Verdienst der beiden Bearbeiter in der übrigen hervorragenden Einrichtung der Edition für den Benutzer.

Dies gilt zunächst für die ca. 80 Seiten umfassende Einleitung. Sie führt nicht nur in die politischen Probleme der Jahre 1945/46 und damit in die Inhalte der vorgelegten Materialien ein, sondern erleichtert es mit ihrer Darstellung von Verwaltungsstrukturen, Entstehung und Funktion der überregionalen deutschen Institutionen auch, den Stellenwert der Diskussionen und Entscheidungen in den dokumentierten Gremien abzuschätzen. Lediglich einige Überlappungen zwischen Teil 2 und 3 der Einleitung hätten vielleicht vermieden werden können.

Weiter: Eine immense und diffizile Einzelarbeit steht hinter einem beeindruckenden Anmerkungsapparat zu den vorgelegten Protokollen. Vogel und Weisz kommentieren den Text und verweisen unter Heranziehung der Literatur zur Nachkriegsgeschichte sowie zahlreicher gedruckter und ungedruckter Quellen; ausgewertet sind so u. a. Unter-

lagen des Bundesarchivs, des Parlamentsarchivs des Bundestages, der Staats- bzw. Hauptstaatsarchive Stuttgart, München, Bremen, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf und Detmold, des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte und des Archivs der sozialen Demokratie. Das Ergebnis: Erläuterungen tragen zum Verständnis zahlloser Textstellen bei, Ergänzungen ziehen nichtabgedruckte Dokumente u. ä. heran, Hinweise zeigen dem Benutzer Wege zur Weiterarbeit oder verweisen auf abweichende Überlieferungen. Wohl jeder mit diesem Band wissenschaftlich Arbeitende wird von den im Anmerkungsapparat enthaltenen Vorarbeiten profitieren können.

Es bleibt noch der bei einem Band dieser Art besonders wichtige Punkt des Registers: Ein Personen- und ein Sachregister von zusammen 33 Seiten Umfang erschließen den Band für den Benutzer und erweisen sich, wie Stichproben zeigen, auch bei weniger zentralen Fragen als fündig.

Abschließend läßt sich feststellen: Die Edition kann und will nicht die Vorgeschichte der Bundesrepublik umfassend dokumentieren. Von seiten der Herausgeber und Bearbeiter wird dies durch die Anregung zu komplementären Aktenpublikationen der Länder und die Feststellung unterstrichen, daß Dokumente des staatlichen Bereichs allein »kein abschließendes historisches Bild« zulassen (S. 87). Dennoch schlagen die »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik« eine breite und, dank der hohen Qualität der Edition, gut begehbare Schneise, von der zudem zu erwarten ist, daß sie sich in den Folgebänden mit zunehmender Bedeutung der überregionalen Institutionen noch weiter verbreitern wird. Die Edition stellt im übrigen von ihrer Anlage her einen wichtigen Schritt zu der weiteren systematischen Erschließung der Jahre 1945–49 dar und kann schon als solcher der von den Herausgebern gesehenen Gefahr entgegenwirken, »daß die zeitgeschichtliche Bewertung dieser grundlegenden Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland in vordergründigen und voreiligen Interpretationen stecken bleibt« (S. 7).

Wolfgang Rudzio

Rainer Dohse, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Holsten Verlag, Hamburg 1974, 239 S., kart., 24 DM.

Im Vorwort (S. 7) weist der Autor auf den allgemeinen Mangel an archivalischen Materialien zur Erforschung der Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland und in der BRD hin. Diesem Mangel versuchte Rainer Dohse dadurch abzuwehren, daß er an Stelle der fehlenden Archivalien mündliche und schriftliche Auskünfte von Hans Ulrich Noack, Heinrich Christian Meier, Theodor Kögler, Wolf Schenke, Otto Strasser und Nikolaus J. Ryschkowsky – jeweils führende Repräsentanten der Organisationen, die in der Studie untersucht werden – als Primärinformationen benutzte; die subjektive Einfärbung der Aussagen der Beteiligten ist offensichtlich. Der Aussagewert des Materials ist daher zweifelhaft; für die eigentliche Analyse ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Aussagen, ihrer eventuellen Ergänzungen und Korrekturen oder ihrer Widerlegung. Der Autor hat dieses Handicap und seine Folgen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine zum Teil ausgedehnte Paraphrasierung des Materials der Beteiligten führt in Verbindung mit dem bezweifelbaren Quellenwert dazu, daß die Untersuchung zu starke Züge einer Selbstdarstellung der Organisationen hat.

Den Kern der Untersuchung bilden die Vereinigungen, die Neutralitätsbestrebungen in der Zeit von 1949 bis 1955 verfolgten und sich im Jahre 1951 zum Deutschen Kongreß in Frankfurt zusammenschlossen. Es handelt sich dabei um den Nauheimer Kreis von Professor Dr. Noack, die Oppositionellen Sozialdemokraten um Heinrich Christian Meier und Erich Arp, den Freiheitsbund von Theodor Kögler und die sogenannte Dritte Front von Wolf Schenke. Außerdem werden die Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie